

Kurzinformation zu dem Ergebnis der Maßnahme:

„Hochschulfinanzierung in Zeiten der Sparpolitik“

Durchgeführt vom freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.

Am 19.-21. Nov. 2021 in Hannover (Präsenz)

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse:

In vielen Bundesländern werden direkte oder indirekte Kürzungen der Hochschulfinanzierungen beklagt. Das Seminar „Hochschulfinanzierung in Zeiten der Sparpolitik“ ist dieser Wahrnehmung auf den Grund gegangen, in dem es einerseits die Grundlagen der Hochschulfinanzierung beleuchtete, andererseits die Haushaltspolitik von Bund und Ländern aufgearbeitet wurde.

Bereits vor der Corona-Pandemie ist Deutschland knapp hinter dem Schwellwert einer Rezession geblieben. Spätestens im Gefolge von wirtschaftlicher Beschränkungen (z.B. Lockdowns) scheint eine globale Wirtschaftskrise unvermeidlich. Der DIW-Präsident warnte daher schon zu Beginn des Jahres, dass die deutsche Wirtschaft in eine Rezession geraten könnte. Eines ist schon jetzt klar: Dem deutschen Staat brechen Steuergelder weg. Das betrifft auch die Bundesländer, die federführend für die Hochschulfinanzierung zuständig sind. Es ist daher davon auszugehen, dass die Wissenschaftsressorts nicht nur 2021, sondern auch in den darauffolgenden Jahren Kürzungen an den Etats der Hochschulen vornehmen müssen. Seit mehreren Jahren beklagen Hochschulpräsidien, Studierendenvertretungen sowie Arbeitnehmer*innenvertretungen (v.a. GEW und ver.di), dass die Finanzierung der Hochschulen nicht mit den wachsenden Studierendenzahlen Schritt halte. Tatsächlich blieben die Entwicklungen der Hochschulbudgets vielfach hinter den allgemeinen Preis- und Lohnsteigerungen zurück. Entsprechend sehen sich Hochschulen schon seit längerem zu Einsparungen gezwungen. Diese Situation verschärft sich nun in einigen Bundesländern.

Das Seminar diene dazu einen Überblick über die gegenwärtige Hochschulfinanzierung liefern. Dabei werden die verschiedenen finanziellen Säulen der Hochschulen betrachtet: Grundfinanzierung, Drittmittel, Förderprogramme, Leistungsorientierte Mittelvergabe. Gleichzeitig dient die Tagung dazu sich mit internen Verteilungsmechanismen und Hochschulgovernance zu beleuchten.

Hochschulfinanzierung und Schuldenbremse – Ein Überblick

Ausgehend von der Erkenntnis, dass die deutsche Bildungsinfrastruktur insgesamt vor einem erheblichen Sanierungsstau steht, der sich auf über 110 Mrd. € beziffern lasse, wurde die Grundsätze der Hochschulfinanzierung beleuchtet. Dabei wurde zunächst erläutert, was ein Globalhaushalt darstellt, wie sich die Hochschulsteuerung verändert hat. Darüber hinaus wurde der Unterschied zwischen pauschal vergebenen Grundmitteln und der leistungsorientierten Mittelvergabe erläutert. Als weitere Einnahmequellen die zum Teil jenseits der Landeshaushalte stehen wurden Programmmittel, Drittmittel und Gebühreneinnahmen erläutert.

Seit 2009 schreibt die Schuldenbremse vor, dass ab 2016 eine nicht konjunkturbedingte jährliche Nettokredit des Bundes auf maximal 0,35 % des BIP begrenzt wird. Für die Bundesländer ist eine nicht konjunkturbedingte Nettokreditaufnahme seit 2020 gänzlich verboten. Schwere Wirtschaftseinbrüche und Naturkatastrophen stellen eine Ausnahme für Bund und Länder dar. Die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die ab 2008 für eine massenhafte

Verarmung sorgte, war in Deutschland vor allem konjunkturbedingt. Ein unerwarteter Konjunkturaufschwung hat für höhere Steuereinnahmen und somit für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geführt. Diese finanzpolitische Entwicklung kann also nicht auf die Schuldenbremse zurückgeführt werden.

Im Vortrag wurde genauer auf die Berechnung der Schuldenstandsquote und ihre Interpretation erläutert. Darüber hinaus wurde ein historischer Überblick über die Schuldenstandsentwicklung verschiedener Länder geliefert, um die ökonomische Bedeutung der Staatsverschuldung besser einschätzen zu können. Anschließend wurde noch der europäische Fiskalpakt dargelegt.

Die hier dargelegten Inhalte wurden am **Sonntag in Workshops** weiter vertieft. Dabei wurden insbesondere die Erwarungen an den unterschiedlichen Hochschulen und in den unterschiedlichen Bundesländer miteinander verglichen.

Sparpolitik und Wettbewerbsstrukturen

Im Rahmen einer anschließenden Podiumsdiskussion wurden die Effekte der Sparpolitik auf die Hochschulsteuerung verhandelt. Dabei wurde herausgearbeitet, dass die Sparpolitik ideologisch mit der Konstruktion von Wettbewerbsordnungen und Hierarchisierungen einhergehe. Tatsächlich gehen die Sparpolitiken auch im Hochschulbereich mit verschiedenen Reformen einher die Wettbewerbe stimulieren sollen. Im politischen Diskurs werden die knappen Mittel auch als Legitimationsgrundlage oder Ursache für die anvisierten Effizienzsteigerungen herangezogen. Die Verwettbewerblichung betrifft gemäß der Diskutand*innen sowohl Prüfungsordnungen, Qualitätsmanagement, Hochschulzugang als auch die akademische Selbstverwaltung. Die Diskutand*innen haben sich über den ideengeschichtlichen Hintergrund, die institutionellen Reformen und die Konsequenzen der akademischen Restrukturierung ausgetauscht. Einig war man sich in der Diagnose, dass die Reformen die erhoffte Demokratisierung der Hochschule verfehlt haben, stattdessen seien Leitungsstrukturen gestärkt und Kontrollinstanzen entmachtet worden. Auch der Einfluss des Parlaments sei unter den Reformen, die wenigstens rhetorisch eine Hochschulautonomie anstreben, verringert worden.

Insbesondere die gouvernementale **Hochschulstruktur** wurde am **Sonntag** weiter beleuchtet. Dazu haben die Teilnehmer*innen ihre Landeshochschulgesetze und die Grundordnungen ihrer Hochschulen miteinander verglichen. Weiterhin wurde ein Impulsreferat über das Konzept „Gouvernementalität“ im Sinne Foucaults gehalten. Ein entsprechender Textauszug konnte aus Zeitgründen nicht mehr gelesen werden. Viele Teilnehmer*innen haben sich allerdings gewünscht einen solchen Lese-Workshop in Zukunft nachzuholen.

Haushaltspolitik und Demokratisierung von Hochschulen

Die erste Workshopphase der Tagung wurde dazu genutzt, um sich mit der Struktur von Landes- und Hochschulhaushalten zu befassen. Dabei wurden Grundlagen von Kameralistik und Doppik vermittelt. Ein weiteres Mal wurde von den Teilnehmer*innen diskutiert, wann es geboten ist zu investieren und wie sich Investitionen politisch sinnvollerweise definieren ließen.

Corona und die Zunahme sozialer Ungleichheit

In den vielen Vorträgen und Debatten wurde am Rande darauf hingewiesen, dass schlechtere Betreuungsverhältnisse und disziplinarische Wettbewerbe, die die ungleichen Startbedingungen von

Lernenden nicht beachtet, soziale Ausgrenzungsverhältnisse nicht nur perpetuieren sondern weiter verstärken. In einem Vortrag zur sozialen Ungleichheit im deutschen Bildungswesen wurde dazu insbesondere auf die Konsequenzen der Pandemie fokussiert. Die Diagnose des Vortrags lautet im Wesentlichen: Die soziale Ungleichheit in Deutschland hat in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zugenommen. Die von den Medien üblicherweise präsentierten Zahlen verharmlosen die Lage. Die Corona-Pandemie hat all das noch verschlimmert, sowohl in Hinblick auf die materielle Situation als auch in Hinblick auf die Bildungschancen.

Arbeitsverhältnisse an Hochschulen

Die Arbeitsverhältnisse stehen seit einigen Jahren in öffentlicher Kritik. Insbesondere aus den Reihen angehender Wissenschaftler*innen und des Mittelbaus im gesamten wird bemängelt, dass die Stellenformate nicht die eigentliche Arbeitslast, nicht die eigentliche Natur der Arbeit und die Dauer der realen Projektlaufzeit widerspiegeln. So werden für Aufgaben, die eine Vollzeitstelle verlangen oft nur Teilzeitverträge ausgegeben. Forschungsprojekte dauern üblicherweise länger als die angesetzte Vertragslaufzeit. Davon sind insbesondere Promovend*innen betroffen, die das letzte Jahr ihrer Dissertation oftmals mit Arbeitslosengeld I finanzieren.

Gewerkschaften weisen darauf hin, dass die Befristungsquoten an Hochschulen besonders hoch seien und rechnen vor, dass nahezu 90 % der Beschäftigten an Hochschulen nur befristet eingestellt werden. Das bedeutet das Forschung in vielen Fällen von keiner langfristigen Perspektive getragen wird. Projekte vorzeitig abgebrochen werden müssen und nicht sinnvoll zu Ende geführt werden können. Die erhöhte Arbeitsbelastung und die Überfrachtung mit administrativen Aufgaben, belasten die Forschungs- und Lehrtätigkeiten.

Im Vortrag wurde daher einen Überblick über die von ihr Twitter-Aktion [#IchBinHanna](#) und prekäre Beschäftigung in der Wissenschaft aus Sicht des Mittelbaus gegeben. Neben der Untersuchung der bestehenden Arbeitsverhältnisse, wurde auch über Reformbemühungen in Berlin und Bremen debattiert. Daneben wurde besprochen, inwiefern eine Departmentstruktur gegen die doppelte Abhängigkeit von Professor*innenschützen könne und welche neuen Probleme derartige Reformkonzepte mit sich bringen.

Alternative Organisationsstrukturen als Vorbilder der Selbstverwaltung

In diesem Vortrag wurde über alternative Organisations- und Rechtsstrukturen (wirtschaftlicher Betriebe) referiert, um nach wegen alternativer Finanzverwaltungen im akademischen Umfeld zu suchen. Dabei wurden lose Bewegungen, unterschiedliche gesetzlich geregelte Selbstverwaltungsstrukturen und Gewerkschaften miteinander verglichen. Insbesondere der Vergleich zwischen Gewerkschaft und gesetzlich vorgeschriebener Interessenvertretung wurde ausgiebig untersucht. Dabei wurde auch der Unterschied zwischen sozialpartnerschaftlich eingebundenen Gewerkschaften und politischen Basisgewerkschaften genauer beleuchtet. Kursorisch wurden die Erfahrungen aus den baden-württembergischen u-Modellen behandelt.

Politische Kommunikation

Basierend auf den Erkenntnissen des Presse- und Öffentlichkeitsseminars in Scharbeutz, wurden Leitlinien der politischen Kommunikation für Hochschulpolitiker*innen dargelegt. Anschließend wurde besprochen, wie der im Seminar behandelte Gegenstandsbereich öffentlich vermittelt werden könnte.

Dazu wurde rationally, von welchem öffentlichen Interesse das Thema ist, welche Zielgruppen überhaupt erreicht werden sollten, und inwiefern Studierende ihre alltäglichen Erfahrungen auf die Finanzsituation von Hochschulen beziehen können. Als Fazit dieser Debatte wurde politische Kommunikation auch als eine Form der Aufklärungsarbeit und Politisierung bestimmt. Dabei wurde zwischen objektiven Interessenlagen und subjektiven Interessen unterschieden.

Schließlich wurde besprochen, wie diverse überregionale Verbände basierend auf den Debatten und Lehren dieser Tagung gemeinsame Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu dem Thema der Hochschulfinanzierung zu lancieren könnten, um eine öffentliche Debatte darüber anzustoßen, wieviel Geld für Wissenschaft und Bildung aufgebracht werden müsste.

Kontaktadresse/-person: [vorstand\[at\]fzs.de](mailto:vorstand[at]fzs.de)

Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Richtlinie des Bundesministeriums für Bildung und zur „Förderung hochschulbezogener zentraler Maßnahmen“ unter dem Förderkennzeichen 01PM101422 gefördert.

Die Verantwortung für den Inhalt und die Ergebnisse der Maßnahme trägt der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.

